

Bezugspreis:
Wochenschrift. 3. - 3. monatlich 10. - 3. -
fest ins Haus, voraus zahlbar. Post-
bezug: Monatlich 10. - 3. - ggf. Be-
rechnungsgeld. Unter Kreuzband für
Deutschland und Österreich 16.50 M.,
für das übrige Ausland bei täglich
einmal Zustellung 21.50 M. Postbe-
stellungen nehmen an Österreich,
Ungarn, Tschechoslowakei, Däne-
mark, Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz - Eingetragen in
die Post-Zeitungs-Verzeichnisse.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Volk und Welt“ und der Unter-
haltungsbeilage „Weltweit“ erscheint
wöchentlich zweimal, Sonntags und
Montags einmal.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die schlagzeilige Komposition
kostet 1.50 M. „Kleine Anzeigen“
das fertige Wort 1.50 M. (zu-
lässig zwei fertige Worte), jedes
weitere Wort 1. - M. Stellengeld
und Schließelangelegenheiten das
Wort 1. - M. jedes weitere Wort
50 Pfg. Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Familien-
anzeigen für Abonnenten 50 Pfg. - M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Leistungsaufschlag.

Anzeigen für die nächste Nummer
wissen bis 5 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Schluß-
zeit von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90 - 151 97

Freitag, den 18. Februar 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753 - 54

Vom preussischen Wahlkampf.

Zum deutschnationalen Parteikampf.

Die „Deutsche Zeitung“ veröffentlicht eine Zuschrift der Ortsgruppe Potsdam des „Deutschen Herold“. Die Ortsgruppe Potsdam kämpft, wie aus der Zuschrift ersichtlich ist, gegen die Richtung Wulle und fordert, daß die Anhänger dieser Richtung ausgeschlossen werden. Die Ortsgruppe Potsdam klagt über Quertreiber, Zersplitterung und Zerfetzung des Verbandes, zumal die beiden Vorsitzenden ihr Amt niedergelegt hätten. Die Entscheidungsschlacht in diesem Froschmäusekrieg wird, wie wir schon meldeten, am 6. März in einer Hauptversammlung ausgefochten werden. In der Erklärung der Ortsgruppe Potsdam finden wir dann folgenden Satz besonders bemerkenswert:

Mit großem Anwillen haben wir davon Kenntnis genommen, daß das durch den Hauptvorstand als streng vertraulich verkaufte Rundschreiben vom 5. Februar Eingang in den „Vorwärts“ gefunden hat.

Wahrhaftig sonderbar, höchst sonderbar! Als das Rundschreiben im „Vorwärts“ erschien, hieß es in der deutschnationalen Presse, das sei eine Mystifikation und eine plumpe Fälschung.

Ein Schiedsgericht.

Folgende Mitteilung geht uns mit der Bitte um Veröffentlichung zu:

Bei dem Wechsel der Hauptschriftleitung der „Deutschen Zeitung“ sind persönliche Differenzen zwischen uns an die Öffentlichkeit gelangt, die im Interesse der nationalen Bewegung durch ein von uns angerufenes Schiedsgericht einwandfrei geklärt und restlos beseitigt worden sind. gez. v. Schilling, gez. Wulle.

Rechtsputschisten vor den Wahlen.

Aus Breslau meldet uns ein eigener Drahtbericht:
„Die Mitteilungen der Breslauer „Volkswacht“ über die Rüstungen der Rechtsputschisten in Schlesien haben in der Provinz Schlesien selbst großes Aufsehen erregt. Die rechtsradikale „Schlesische Tagespost“ hat sofort zu Verurteilungen und wendet sich auf dem Umweg über Berlin melden lassen, daß die - Kommunisten in Schlesien ihrerseits Putschabsichten hätten. Der Breslauer Polizeipräsident Geheimrat Liebermann mußte aber gegenüber diesen lächerlichen „Enthüllungen“ der Rechten in einer amtlichen Mitteilung darauf hinweisen, daß die Kommunisten in Schlesien nur ganz geringen Anhang besitzen und die Mittel zur Durchführung großsprecherischer Drohungen auch nicht haben. Damit sind die Enthüllungen der Rechtspresse als Abwehrmanöver und Wahlmache deutlich genug gekennzeichnet. Die Breslauer „Volkswacht“ fragt gegenüber der konservativen „Schlesischen Zeitung“, die die sozialdemokratischen Meldungen nicht ernst nehmen will, ob die Bildung bewaffneter Banden in Niederschlesien unter dem Kommando des Generalmajors Freiherrn v. Lüttich (nicht der Kappist) mit dem Stabsquartier Ologau und dem Referatkommando des Obersten Ahmann mit eingeteilten Orts- und Landesfähigen nicht als bewaffnete Bande gilt. Dem Staatskommissar für öffentliche Ordnung ist das Material, auf das sich die „Volkswacht“ stützt, auch bereits übermittelt worden.“

Daß die Rechtsputschisten ihre Reihen schließen, ist wahrscheinlich und begreiflich. Unbegreiflich aber ist, daß die sozialistische Arbeiterschaft sich immer noch gegenseitig beschelzt, anstatt einig und geschlossen allen Rechtsputschisten gegenüberzutreten. Aber Aufschluß wird verschaffen, wenn der 20. Februar eine sozialdemokratische Mehrheit gibt.

Der Korruptionsfonds.

Breslau, 18. Februar. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.)
Der in Breslau nach Mitteilung der „Breslauer Volkswacht“ gegründete Unternehmerverband zur Unterstützung bürgerlicher Parteien, die die Interessen der Unternehmerschaft des Großhandels und der Industrie wahrnehmen wollen, ist, wie sofort von der Parteipresse vermutet wurde, keine auf Schlesien beschränkte Erscheinung. Das Material, das unserem hiesigen Parteiblatt in die Hände gefallen ist, ergibt, daß auch in Bayern, Rheinland-Westfalen, in Magdeburg, Halle und in Thüringen ähnliche Organisationen unter dem Titel: „Wirtschaftsbund der Industrie“ tätig sind. Der Großhandel ist dort nicht zugezogen worden. Die „Breslauer Volkswacht“ ist in der Lage, die Namen der Vorstandsmitglieder dieser schlesischen Organisation zu Wahlkorruptionszwecken zu veröffentlichen. Es sind durchweg bekannte Großindustrielle und Großhändler, zu Teil übrigens Juden. Das ist um so bemerkenswerter, als die Deutschnationalen Volkspartei bisher mit keinem Wort bestritten hat, das Geld an genommen und die Bedingungen des Verbandes unterschrieben zu haben. Die „Deutsche Demokratische Partei“ und die Zentrums- partei haben dagegen mit großer Verpöndung und anscheinend nach schweren inneren Kämpfen öffentlich dementiert, daß sie die Bedingungen des Geldgeberverbandes unterschrieben haben. Von demo-

kratischer Seite werden aber unseres Wissens indirekt noch heute die Verhandlungen weitergeführt, und eine Reihe von bekannten Demokraten gehört dem Vorstand des Verbandes ebenfalls an.

Deutschnationale Erpresser?

Die „Korrespondenz der Deutschnationalen Volkspartei“ bleibt bei der Behauptung, daß ihrer Partei das Manuskript der Schrift: „Deutschnationale oder Jüdische Volkspartei?“ für 20 000 M. zum Austausch angeboten worden sei. Wäre diese Behauptung richtig, so wäre sie für die Deutschnationale Volkspartei wenig ehrenvoll. Wir sind aber der Wahrheit schuldig zu erklären, daß von uns für den Abdruck jenes interessanten Dokuments aus dem deutschnationalen Parteileben nicht ein Pfennig Honorar gefordert worden ist.

Aufbauen

wollen die bürgerlichen Parteien:

- Die Preise für den Lebensbedarf.
- Die Vorrechte für Sunter und Kapitalisten.
- Die Monarchie.
- Den alten Militarismus.
- Die Gefindeordnung.
- Die Macht der Kirche über die Schule.

Niederreißen

wollen die bürgerlichen Parteien:

- Das Mitbestimmungsrecht des arbeitenden Volkes.
- Die Steuern auf Besitz und hohe Einkommen.
- Das gleiche Recht der Frauen.
- Die Republik.
- Das Koalitionsrecht der Arbeiter, Beamten und Angestellten.
- Das gleiche Wahlrecht.

Die Sozialdemokratie will es umgekehrt machen.

Wählt S. P. D.

Ludendorffs Aberwitz.

Von den Alldeutschen bescheinigt.

Die „Deutsche Zeitung“ wehrt gegen die Anerkennung der ehemals russischen Randstaaten durch die Entente. Sowjetrußland werde sich gewiß nicht daran kehren, aber auch ein zukünftiges Rußland nicht. Die „Deutsche Zeitung“ schreibt:

Das kommende Rußland wird es als seine erste und vornehmste Aufgabe ansehen, sich die Wege zu den Meeren wieder freizumachen und die aberwichtigen Landsperrern zu vernichten. Das hätte sich jeder andere vernünftige Staat gleich von selbst sagen können, ehe er feierlich mit „anerkannte“, insbesondere aber Deutschland, dem es doch am meisten daran liegen müßte, mit dem großen Nachbar im Osten in Frieden zu leben.

Arme „Deutsche Zeitung“! In der Hitze des Gefechts hat sie ganz vergessen, daß die russische Randstaatenpolitik nicht von der Entente, sondern 1917 von den Alldeutschen unter Führung Ludendorffs begonnen wurde. Ludendorff war es, der die aberwichtigen Landsperrern gegen Rußland zuerst errichtete. Welches Vernichtungsurteil gegen Ludendorff liegt in den Worten der „Deutschen Zeitung“.

Versammlungen.

Der 20. Februar! In einer sehr gut besuchten Versammlung in Dichternrad sprach Genosse Eduard Bernstein über den 20. Februar. Der Redner schilderte die Urkatastrophe des furchtbaren Glücks, in dem das deutsche Volk sich befindet; zugleich legte er aber dar, wie dem abzuhelfen sei. Er erinnerte an die Vorschläge, die unser Landwirtschaftsminister Genosse Otto Braun zum Aufbau der Landwirtschaft gemacht habe. Ferner zeichnete der Redner in kurzen Ausführungen die Kulturarbeit, die die Sozialdemokratie auf allen Gebieten geleistet habe. Die Stellung der einzelnen Parteien von der äußersten Linken bis zur äußersten Rechten wurde den Zuhörern dargelegt. Großer Beifall lohnte ihn für seine Darlegungen. In der Diskussion meldete sich ein U.S.P.-Vertreter, dessen Ausführungen den Unwillen der Versammlung hervorriefen. Das von dem Redner Gesagte gipfelte in ein persönliches Herunterreißen der führenden Persönlichkeiten der S.P.D. Von mehreren Diskussionsrednern und dem Referenten wurde der U.S.P.-Vertreter schlagend abgefertigt.

Kommunistischer Parteiwirrwarr

Die „Rote Fahne“ veröffentlicht folgende Mitteilung:
Die Zentrale unserer Partei beschloß in ihrer gestrigen Sitzung den Ausschluß von Otto Thomas und Otto Graf wegen der bekannten Vorkommnisse in der Münchener Partei.

Diese beiden Kommunisten hatten bekanntlich in München die Verbrüderung mit den Nationalisten und die gemeinsame Vorbereitung zum Revanchekrieg gegen die Entente eingeleitet. Den nach München gefandten Vertretern der Parteizentrale war es zwar gelungen, in der Parteiversammlung ein Mißbilligungsvotum gegen das Verhalten von Graf und Thomas durchzubringen, doch wurde den beiden kommunistischen Revanchepatrioten nachträglich sofort wieder ein Vertrauensvotum erteilt. Dem Münchener Vertrauensvotum folgt nun der Berliner hinauswurf.

Dieser Vorgang ist nur ein Zeichen mehr dafür, daß es in der U.S.P.D. an allen Ecken und Enden brennt. Die Berliner Lokalorganisation steht gegen die Reichszentrale, diese bemüht sich vergebens, in München Ordnung zu schaffen, sie muß sich dabei von der Berliner Opposition logen lassen, daß sie selbst an der Münchener Konfusion schuld sei. Denn die Reichszentrale hat die Parole „Bündnis mit Sowjetrußland!“ ausgegeben, sie will damit das Bündnis Deutschlands ohne Rücksicht auf dessen innerpolitische Verhältnisse mit Rußland als ein Schutz- und Trutzbündnis gegen die Entente. Von da bis zur Münchener Verbrüderung mit den Nationalisten ist nach der Auffassung der Berliner Opposition nur ein Schritt.

Die „Rote Fahne“, die auf Seiten der Zentrale steht, wendet sich in der gleichen Nummer gegen die Behauptung der „Freiheit“, Dr. Levi habe seinen Brief an den geheimen Abgesandten Mostaus in Berlin absichtlich verloren und damit eine eigenartige Flucht in die Öffentlichkeit angetreten. Sie behauptet, daß jener Brief ehrlieh verloren und von den Unabhängigen gemauert worden ist. Aber wie dem auch immer sei, so hat auch dieser Brief die furchtbare innere Zerküftung der U.S.P.D. enthüllt, und seine Veröffentlichung hat zu ihrem weiteren Fortschritt beigetragen. Aus dem Brief ergab sich bekanntlich, daß man in Moskau mit Levi sehr unzufrieden ist und daß Levi sein Verbleiben als Vorstehender der Partei von der Entscheidung Mostaus abhängig macht.

Es ist wahrlich zum Lachen, wenn diese konfuse, in sich total zerrissene Gesellschaft in dem gegenwärtigen Wahlkampf mit dem Anspruch hervortritt, sie wolle „die Einheitsfront des Proletariats“ herstellen. Wie sieht es denn mit ihrer eigenen Einheitsfront aus? Immer wieder erfüllt sich an den Arbeiterzersplitterern der unerbittliche Spruch der Geschichte, daß wer die Einigkeit der Arbeiterklasse freventlich spaltet, selbst dem Fluch der Spaltung anheimfällt. Mögen doch die Arbeiter begreifen, daß jede Stimme, die am 20. Februar für die Veruneigte kommunistische Partei abgegeben wird, die verhängnisvolle Zersplitterung der Arbeiterklasse vermehrt, ihre Aktionskraft lähmt und ihren gefährlichsten Feinden Vorschub leistet.

In den Ausrufen dieser Partei kann man jetzt lesen, daß sie das unmittelbare Glück der Arbeiterklasse anstrebe. So hieß es in der „Roten Fahne“ vom letzten Mittwoch:

Der Kommunismus ist eine Frage nicht der fernen Zukunft, sondern von heute und morgen.

Der Kommunismus ist der Kampf um Fleisch und Brot und Stube und Küche, um Hemd und Rock, um die Fabriken und das Land, um das Leben unserer Kinder...

Das ist der Weg, den der Kommunismus geht.

Darüber, ob ihr ihn gehen wollt, sollt ihr am 20. Februar entscheiden!

Früher hatten die Kommunisten gelehrt, daß das Wählen eine vollkommen gleichgültige Sache sei. Heute fällt nach ihrer Auffassung am Wahltag die Entscheidung darüber, ob die Arbeiter, Fleisch und Brot, Stube und Küche, Hemd und Rock, Fabriken und Land“ haben sollen. Sie brauchen nur einen „richtigen“, einen kommunistischen Wahlzettel in die Urne zu werfen, und sie kriegen das alles!

Ein blödsinniger Versuch, die bedauernden Unwissenheit mancher Wählerkreise zu mißbrauchen, eine plumpere Wahldemagogie ist noch niemals dagewesen!

Solange bei den Kommunisten noch die ehrlichen Fanatiker und nicht die mit allen Mitteln um Mandate kämpfenden Demagogen das große Wort hatten, wurde zugegeben, daß der Sieg des Kommunismus das Elend der Arbeiterklasse zunächst nur noch vergrößern würde. Aber, so sagten die Fanatiker, die Arbeiterklasse müsse auch noch durch dieses Elend hindurch, um dann später die Gesellschaft nach ihren Bedürfnissen aufbauen zu können.

Mit einer solchen Lehre konnte man aber freilich höchstens eine kleine Schar religiös begeisterter Kämpfer gewinnen, sie war kein Ruder, um Wähler zu fangen. Also hat man heute, leichter als den Rock, die Ueberzeugung gewechselt und preist den Kommunismus als eine Methode, den notleidenden Massen „nicht in ferner Zukunft, sondern heute und morgen alles zu verschaffen, wonach ihr Herz begehrt“.

Sogar vom „Leben armer Kinder“ wird scheinbar gesprochen. Dabei weiß jeder ehrliche Kommunist, daß die ungeheure Verwirrung, die nach einer plötzlichen Macht-ergreifung durch die Kommunisten entstehen würde, die aller-schlimmste Gefahr für die Volksernährung wäre und daß den Kampf, der dann entbrennen würde, Hunderttausende von Arbeiterkindern mit ihrem Leben bezah-len müßten. Gerade diese schauerliche Aussicht ist es, die jeden denkfähigen Arbeiter daran hindert, die kommunistische Toll-heit zu unterstützen.

Es gibt nur ein Entweder—Oder. Entweder, die Kom-munisten wollen den blutigen Kampf, die gewaltsame Macht-ergreifung, den wahnsinnigen Versuch, die ganze kapitalistische Gesellschaft in Handumdrehen zu einer kommunistischen zu ver-wandeln, und dann müssen sie den Mut haben zu sagen, daß ihr Weg über die Leichen von Erwachsenen und Kindern geht. Oder aber, sie haben endlich begriffen, daß nur die Eroberung der politischen Macht durch geistige Mittel und die schrittweise Umgestaltung der Gesellschaft vom Kapitalis-mus zum Sozialismus der Arbeiterklasse „Fleisch und Brot, Stube und Küche, Hemd und Rod“ verschaffen kann, und dann müssen sie zugeben, daß sie Eitel gewesen sind und daß die Sozialdemokratie recht gehabt hat!

Die Kommunisten werden am 20. Februar nur einen neuen Beweis dafür erbringen, wie weit sie von der Er-greifung der Macht entfernt sind. Vielleicht werden sie etwas an Stimmen gewinnen — das ist immerhin möglich! Aber ge-wiß ist, daß sie sich durch die Methoden, mit denen sie diesen Wahlkampf führten, selber den Hals gebrochen haben. Zwischen den ehrlich Irrenden unter ihnen und den mandathungrigen Revolutionswindlern wird dann der Kampf auf Leben und Tod entbrennen, die Gegen-sätze, die man selbst jetzt im Wahlkampf nicht ver-schleiern kann, werden mit Ungeheuerem aufbrechen — jenseits dieses Trümmerhaufens aber wird sich die Einheits-front des Proletariats wieder aufbauen in den Gewerkschaften und in der Sozialdemo-kratrischen Partei.

Wer diese Wahrheit jetzt schon erkannt hat, der wählt am Sonntag sozialdemokratisch!

Der „Waffenring“ der Verschwörer.

Kassel, 18. Februar. (Eigener Drahtbericht des „Vormärts“.) Das heutige „Kasseler Volksblatt“ schreibt unter der Überschrift „Hier ist der Beweis“:

Der Staatsanwalt Dr. Meier, der im Augenblick mit allen Mitteln staatsanwaltschaftlicher Kunst sieben Kommunisten aus dem Ruhegebiet vor dem Kasseler Sondergericht einen Strick zu drehen versucht, hat vor einigen Wochen das Verfahren gegen den Jung-deutschen Orden eingestellt, da es sich nach seiner Meinung um eine harmlose Organisation handelte. Im Kasseler Kommunisten-prozess erklärt er, der Jungdeutsche Orden mache nichts, als patrio-tische Lieder singen in Räumen, von denen Kaiserbilder herabsehen. Das sei das einzige, was der Jungdeutsche Orden mit dem Militär gemeinsam habe. Auf Grund der Einstellung des Verfahrens gegen den Jungdeutschen Orden, der auch seine Statuten änderte und die Verbindung mit der Orgeßch gelöst zu haben erklärte, mußte der Oberpräsident das Verbot des Ordens zurückziehen. Wir erklärten schon bei der Aufhebung des Verbots, daß der Jungdeutsche Orden solange gestattet bleiben würde, bis man ihn neuerdings erwischt. Wir sind nun in der Lage, ein Schriftstück zu veröffentlichen, dessen Richtigkeit nachzuprüfen Sache des Staatsanwalts Dr. Meier ist. Wir hoffen, daß er, trotzdem er in der Voruntersuchung gegen die Kommunisten erklärt hat, er sei deutschnationaler Monar-chist, mit demselben Eifer gegen die in diesem Schriftstück genannten Personen vorgehen wird, als wenn es sich um Führer der sogenannten Roten Armee handelte. Voraussetzung ist aber, daß ihm der Frage sozialer Zeit läßt, seine Nachforschungen so schnell anzu-stellen, daß nicht alles verdunkelt wird. Die Fähigkeit zu einer derartigen „schnellen Justiz“ können wir dem Staatsanwalt Dr. Meier nicht abstreiten. Es bleibt nur die Frage, ob er als deutschnationaler Monarchist imstande sein wird, seine linksgerichtete

Energie nach rechts umzustellen. Das Schriftstück, das wir hiermit der Öffentlichkeit übergeben, lautet:

München, 19. Januar 1921.

Teilnehmer: Orgeßch: Oberst Thonstein, Hauptmann von der Tann, Jungdeutscher Orden: Oberleutnant Dr. Kurt Weishaupt, Stahlhelm: Oberleutnant v. Bülow, v. Ritter, Zeitfreiwillige: Oberleutnant Böhm u. Oberleutnant Bed, Leutnant Reunzerl, Jungbayer: Hauptmann v. Rolke. Erster Tag: Weishaupt berichtet über die Lage in Nord-deutschland. Während die preussische Regierung die Organisationen Jungdeutscher Orden, Orgeßch, Stahlhelm usw. mit allen Mitteln, auch den ungesetzlichen, bekämpft, duldet sie ruhig die Wählerarbeit der R.F.D. und der U.S.P.

Waffenverteilung an Orgeßchmitglieder

unmöglich wegen Transport- und Verkehrskontrolle durch die Eisenbahngewerkschaften.

B. Bülow gibt im wesentlichen das gleiche Bild. Er ersucht um Ueberweisung von Waffen der bayerischen Einwohnerwehr, Stahlhelm und Jungdeutscher Orden. Er verlangt

Entfernung der Sozialdemokraten aus den Staatsstellen.

v. d. Tann erklärt, Waffenunterstützung an Orgeßch unmög-lich wegen Kontrolle der Eisenbahner. v. Rolke wünscht Gründung von vaterländischen Jugendvereinen. Oberleutnant Böhm schiebt die Hauptschuld an den miltärischen Zuständen im Reich auf die Nachlässigkeit Preußens gegenüber der Entente bei der Forderung auf Auflösung der Einwohnerwehren. Die Kr-eitgeber sollen möglichst auf ihre Arbeiter einwirken, um die sozialistischen Betriebsräte einzuschränken.

Zweiter Tag. Arbeitsprogramm: Befestigung des in Ham-burg geschlossenen Waffenringes zwischen Orgeßch, bayerischer Ein-wohnerwehr, Stahlhelm, Jungdeutscher Orden, gegenseitige Unter-stützung mit Waffen, Material, gemeinsame offizielle Organisation. Agitation: Militärische Jugenderziehung und militärische Ausbildung. Hierzu soll der Jungbayerbund das Pro-gramm ausarbeiten. Aus tatsächlichen Gründen soll die militärische Jugendausbildung zunächst in Sportvereinen betrieben werden, da die Wiedereinrichtung des Wehrkraftvereins zurzeit noch nicht möglich. Jungdeutscher Orden und Stahlhelm, die be-reits Mitglieder der Orgeßch sind, sollen nunmehr auch der Füh-rung der Orgeßch unterstellt werden.

Erweist sich der Tatbestand, der aus diesem Schriftstück hervor-geht, als richtig, dann darf nicht der Jungdeutsche Orden neuerdings verboten werden, sondern wir verlangen sofortige Ver-haftung des Oberleutnants Marau auf Grund der Ver-ordnung des Reichspräsidenten vom 30. Mai 1920, da er das Haupt des Jungdeutschen Ordens ist, in dessen Zutritt Weishaupt ge-handelt haben muß. Denn Weishaupt ist ja in Bayern, diesem schönen Ordnungsstaat, kaum zu fassen. Der Staatsanwalt hat im Kommunistenprozess gewaltig über unsere korrupte Zeit gelacht. Es ist an ihm zu zeigen, daß im Falle der Untersuchung gegen Mit-glieder des Jungdeutschen Ordens von einer Korruption gesprochen werden kann.

Unbelehrbar.

Aus München wird uns geschrieben:

Herr v. Rahr beantwortete am Donnerstag nachmittag die sozialdemokratische Interpellation in einer einstündigen Erklärung, über die bereits im Morgenblatt berichtet wurde. Man sieht daraus, wie unbelehrbar die bayerische Regierung und die sie stützen-den Parteien sind. Auf das, worauf es ankommt, die Frage der Entwaffnung von der Wiedergutmachung zu trennen und sich den Bestimmungen des Entwaffnungsgesetzes zu fügen, geht der bayerische Ministerpräsident überhaupt nicht ein. Dagegen wiederholt er in breiter Weise die allgemein bekannten finan-ziellen Forderungen der Entente, die er als ebenso diktatorisch ansieht als die Erfüllung des wegen der Entwaffnung in Spa von Deutsch-land anerkannten Abkommens.

Die Erklärung Rahr's ist fertiggestellt worden, ehe die Be-gründung der sozialdemokratischen Interpellation durch den Abg. Kellermann der Regierung bekannt war. Was Rahr erklärte, hätte sich ein aufmerksamer Zeitungsleser aus der Presse selbst zu-sammenlesen können. Was es bei diesem Spiel mit Worten für einen Sinn haben soll, auch heute noch die Stellung Bayerns bei der Beratung der Ministerpräsidenten in Berlin mit dem Schleier der Vertraulichkeit zu verhüllen, ist schwer verständlich. Wenn aber die bayerische Regierung die vier Fragen der Reichs-

regierung am 16. Februar wirklich in dem heute angegebenen Sinne beantwortete, so ist die Entwaffnung der Einwohnerwehr auf einem toten Punkte angelangt. Dann geht der bayeri-schen Regierung jedes Verantwortlichkeitsge-fühl dafür ab, welche Schuld sie für die fernere Entwicklung und das Schicksal des deutschen Volkes auf sich nimmt. Denn wie die Nachrichten aus der Pfalz beweisen, haben die Franzosen alle Vorbereitungen getroffen, den Rhein mit großen, auch farbigen Truppen zu überschreiten. Die Pfalz leidet bereits schwer unter den militärischen Konzentrationen. Zahlreiche Militärläger befördern neue Truppen an den Rhein, die Landstraßen durchqueren ganze Kolonnen von Autos, französische Gendarmen kontrollieren an den Bahnhöfen jeden Soldaten. Alle Wohnungen in der Pfalz sind von den Franzosen nach ihren Raumverhältnissen aufgenommen worden, ebenso alle Ställe und alles vorhandene Vieh. Die Geschäfte mit Haushaltsartikeln, Blechgeschirren, Eßgerät, Kücheneinrichtungen und dergleichen werden von ihnen völlig ausgekauft.

Der Pfalz stehen so schwere Zeiten bevor wie noch niemals. Und der seine Liebe zur Pfalz bei jeder Gelegenheit betonte Rahr gibt sie nach seiner letzten Rede der Willkür der Feinde preis. Was in Bayern in ernsthafter Treue zum Reiche hält, erwartet nun von Berlin aus ein entscheidendes Wort. Der Phrosendreschelei ist jetzt Genüge getan. Die bayerische „Justamentnät“-Politik darf das Schicksal des deutschen Volkes nicht bestimmen.

Englands Arbeiter gegen den Pariser Pakt.

London, 18. Februar. (W.B.) Der Parlamentsausschuß des Gewerkschaftskongresses und der Vollzugsausschuß der Arbeiterpartei haben ein gemeinsames Manifest ver-öffentlicht, in dem zugleich mit der Erklärung, daß die von Deutsch-land geforderte Entschädigung nicht gezahlt werden könne, auf eine nochmalige Erwägung des Vertrages der deutschen Entschädigung im Interesse der Arbeiter des In- und Auslandes gedrungen wird. Das Manifest erklärt, die Bedingungen des Friedensver-trages seien die Hauptursache der augenblicklichen Er-werbslosigkeit, da sie die wirtschaftliche Erholung der ruinierten Länder und die Wiederherstellung ihrer Kaufkraft ver-hindern. Der von Deutschland geforderte riesige Tribut werde die Fähigkeit des deutschen Volkes, englische Waren zu verbrauchen, noch weiter vermindern. Die Entschädigung könne nur in Ausfuhr bezahlt werden, während Deutschland 42 Jahre lang nur unbedingte notwendige Lebensbedürfnisse im Ausland kaufen dürfe. Dies be-deute, daß der englische Markt in Deutschland nicht wiederhergestellt werden könne, was zu einer Fortdauer der Erwerbslosigkeit füh-re. Der Verlust des Vorkriegshandels mit Deutschland und Oesterreich genüge allein schon, um die augenblickliche Not in Eng-land zu erklären. Das Manifest erklärt, Deutschland könne und solle die tatsächlich angerichteten Zerstörungen wiedergutmachen, die Rechnung sei jedoch gesliegen durch Anechtung von Pensionen und Ver-gütungen, die unvereinbar seien mit den vor dem Abschluß des Waffenstillstandes gestellten Bedingungen. Zum Schluß fordert das Manifest nicht nur eine neue Erwägung der Entschä-digungsforderung, sondern auch eine Änderung des gesamten Ver-haltens der Allierten gegen Mitteleuropa und Rußland.

Amerika zieht sich zurück.

Paris, 18. Februar. (Havas.) In Pariser amerikanischen Kreisen ist das Gerücht verbreitet, daß die Vereinigten Staaten ihrem Vertreter bei der Reparationskommission, Borden, Weisung erteilt habe, nicht mehr an deren Sitzungen teilzunehmen. Dieses Gerücht scheint sich zu bestätigen. Der Grund für diese Haltung soll der Wunsch der gegenwärtigen Re-gierung der Vereinigten Staaten sein, der am 4. März ihre Amt an-tretenden Regierung völlig freie Hand zu lassen bezüglich des Friedensvertrages von Versailles und seiner Durchführung.

London, 18. Februar. (U.) Die „Times“ melden aus New York, daß die neue Einladung der Allierten an die ameri-kanische Regierung zur Entsendung eines Vertreters zur Londoner Konferenz vom Präsidenten erneut abgelehnt wurde. Ein Ein-spruch Wilsons gegen die Pariser Beschlüsse ist jedoch noch nicht erfolgt.

Haben Dichter Sonderrechte?

Von Lucian.

Der Fall des Münchener Schriftstellers Georg Kaiser lenkt die Aufmerksamkeit wieder einmal auf jenen merkwürdigen sozialen Typ, der von den Menschen Dichter genannt wird. Wer ist ein Dichter? Ist es jemand, der geschickt Verse macht, der ein wirkungs-volles Theaterstück aufbaut, der phantastische Vorstellungen in Worte kleidet? Dann wäre unsere und jede frühere Zeit reich an Dichtern. Die Nachwelt aber lacht mit diesem Ehrentitel, sie weist ihn nur ganz wenigen zu, solchen, die sich von der großen Menge der Schreibenden wesentlich unterscheiden. Handelte es sich bloß um den Reichtum an Phantasie, so wäre manches Kind, mancher ur-sprüngliche Mensch, der im Wald oder auf der Flur seine Beschäfti-gung hat, so oftmals der Verdreher dem berufsmäßigen Dichter weit überlegen. Es muß also noch etwas hinzukommen, was ihn von gewöhnlichen oder selbst ungewöhnlichen Begabten sich abheben läßt.

Kaiser behauptet von sich, ein Dichter, ja, einer der wenigen Großen zu sein. Warum? Weil er, wie er von sich selber sagt, von einer wahrhaft dämonischen Schöpferphantasie getrieben wird. Lassen wir die Kritik beiseite und fragen wir nicht nach Wert oder Unwert seiner Stücke. Seine hemmungslose Phantasie teilt er mit den beiden größten Schablingen der Gesellschaft: dem Geisteskranken und dem Verdreher. Phantasie an sich ist nichts, wie der erstaunlich produktive Ibsen, der belgische Kaiser Bierg in dem nach ihm benannten Museum zu Brüssel beweist. Solche Leute verblüffen wohl ihre Zeitgenossen, aber nach ganz kurzer Dauer ist die Wirkung vorbei. Der Dichter oder Künstler, der sich über den Phantasien er-heben will, muß noch eine Eigenschaft mehr haben, er muß sich zur Welt in eine stilkliche Beziehung setzen, er muß mit einem Wort zu sein. Ich behaupte nicht, daß ein Mensch gut ist, wenn er niemandem etwas schuldet, seiner Frau treu ist, die Nacht nicht zum Tage macht, nein, die Güte des Dichters ist höherer Natur. Er ist das Gegen-teil des Philisters. Er kann bürgerlich korrekt, er braucht es nicht zu sein. Aber er weiß, daß die Materie tot ist und daß nur Geist sie belebt. Mit Faust sucht er allem, was die Seele mit Blend- und Schmelzwert umspannt. Die Welt, die er darstellt, ist der Weg zu jener höheren, geistigen. In jene Schätze, worin seine Phantasie zu wühlen scheint, ist er nicht verliebt, sie sind ihm, wie jedem auf-bauenden Menschen, dem sozial schaffenden, leerer Blunder, der unter seinen Händen erst Wert erhalten soll. Arbeit, wie Jola sie gepredigt hat, Menschenliebe wie Tolstoi, Wahrheit wie Ibsen, innere Harmonie wie Goethe sie verkündet hat, sind jene Menschheitswerke, die eine Schöpfung der Phantasie erst zum Dichtwerk machen. Alles andere ist Spielerei, müßiger Zeitvertreib oder bestenfalls Unter-haltung.

Kaiser behauptet nicht nur, daß er ein Dichter ist, sondern daß er deshalb eine Sonderstellung zu beanspruchen hat. Niemand war es, der im „Jarathustra“ jenes große Wort aussprach: „Trachte ich denn nach Glücke? Ich trachte nach meinem Werke.“ Auch Kaiser trachtet nach seinem Werk, aber er schmachtet gleichzeitig nach dem Glücke, er überschreitet deswegen die Gesehe und, was das Unverzeihlichste von allem ist, er läuscht deswegen das Ver-trauen seiner Freunde. Der große Spinoza schlug trotz bitterster Rot aus Bornehmheit jede Unterstützung aus und verbiente sich lieber sein kärgliches Brot mit der schweren Tätigkeit eines Dia-mantenschleifers. Kaiser behauptet, er brauche den Luxus, er habe als Dichter ein Anrecht darauf, er verlust mit diesem Anspruch sogar seine Vergehen zu rechtfertigen. Wäre er der Dichter, der er zu sein vorgibt, so würde er kraft jener Intention, die alle Großen miteinander, Jesus mit Shakespeare, Tolstoi mit Schopen-hauer verbindet, daß er es nur insofern sein kann, als er gut ist, er das Bewissen der Menschheit repräsentiert, das aller geistigen Entwicklung, aller fruchtbarsten sozialen Revolution zugrunde liegt. Die Verliebtheit in den Luxus, in den toten Stoff teilt er mit seinen Zeitgenossen, den Schleichern und deren Weibern. Und hier beginnt der Fall Georg Kaiser ein typischer Fall der Gegenwart zu sein.

In der Dichtung der Jüngsten spielt der Reichtum, der er-worbene oder ererbte Besitz eine wichtige Rolle. Die Helden sind oftmals Milliardäre, die Heldinnen jumelengeschmückte Objekte der Sinnlichkeit. Schon bei Weckind bemerken wir bisweilen eine kindlich anmutende Verehrung der großen Zahl, der Macht, der Kraftpoese. Es ist die Romantik eines unromantischen kapitalistischen Zeitalters. Die Dirne als das Symbol der reinen Materie genießt fettschmierige Anbetung. Jene Scheinrevolutionäre der Form sind ausgeprochene Reaktionen der Gesinnung, Sklaven ihrer Zeit. Zwar geben sie sich bedeutungsvoll den Anschein, als stünden sie hoch über ihren Zeitgenossen, aber deren Nummern, Autos, Luxus-einrichtungen, Kleider und Weiber erfüllen ihre Seele mit Reiz und heimlicher Bewunderung. Ihr Reich ist durchaus von dieser Welt, und was sie von ihrer Umgebung unterscheidet, ist lediglich der Umstand, daß man für Kattun, Schellack, Stahl oder Weizen höhere Gewinne einheimst, als für Theaterstücke. Vielleicht ge-lingst's auch damit. Dann kann man vielleicht ebenfalls am Kur-fürstendamm wohnen. Gelting's nicht, dann ist man eben ein Genie, das den Gesehen der Branen ein Schnippen schlagen kann.

Georg Kaiser war bisher kein Genie. Er hätte jetzt Gelegen-heit, sich dahin zu entwickeln, wie die wahrhaft Großen dieser Welt, die aus Leid und Verfehlung zu höchster menschlicher Reinheit auf-gestiegen sind, wie Dostojewskis Mörder Roskolnikoff, wie Tolstois Dirne Katsjucha in „Auferstehung“. Die angemaßten Sonderrechte, der Reiz auf den „Kurfürstendamm“ zeigen ihn als Philister unter

der Masse der Kunst, als viel verwerflicheren Philister denn jene, die lediglich Instrumente der Natur sind. Will man aber das In-strument des Lebens meistern, dann muß man der Wirklichkeit ent-sagen, dann gibt es nur ein Leitmotiv: Arbeit im Dienst der Menschheit.

Bernard Shaw hat ein neues Werk vollendet, das sich nach der Angabe Londoner Blätter die höchsten Ziele stellt. Es ist ein Drama in fünf Akten, deren jeder ein vollständig abgeschlossenes Bühnen-stück bildet. Das erste dieser Stücke führt den Titel „Am An-fang“. Der Schauplatz ist der Garten von Eden nach der Ver-treibung aus dem Paradies. Die zweite Abteilung spielt in der Gegenwart und führt den Titel „Das Evangelium der Brü-der Barnabas“. Sie stellt den Führer einer religiösen Sekte und dessen Bruder, einen Gelehrten, die beide den Besuch eines Staatsmannes erhalten, in den Mittelpunkt der Handlung. Bei dieser Gelegenheit machte der Staatsmann den Brüdern die er-staunliche Entdeckung, daß nur die Verlängerung des menschlichen Lebens bis zu den Altersgrenzen der Menschen aus vorwissenschaftlicher Zeit unsere Zivilisation zu retten vermag. Der dritte Teil heißt „Wie die Dinge geschehen“. Er bietet einen Ausblick auf die Zeit nach 300 Jahren, und seine handelnden Personen sind Men-schen, die aus unserer Zeit stammen und demzufolge eine Lebenszeit von 300 Jahren hinter sich haben. Ihm schließt sich die „Tragö-die eines älteren Herrn“ an, die tausend Jahr später spielt. Sie entrollt die Zeit, in der die Britischen Inseln ausschließlich von Menschen bewohnt werden, die über 300 Jahre zählen, und die des-halb von der übrigen Welt verehrt und als Drakel befragt werden. Den Schluß bildet ein Teil, der im Jahre 3120 spielt, der den Titel „Soweit Gedanken reichen können“ führt, und dessen Inhaltsangabe nach der englischen Presse ein Ding der Un-möglichkeit ist. Shaws Quintologie wird demnach unter dem Generaltitel „Zurück zu Jerusaleim“ erscheinen.

Heber „Industrie und Siedlung“, ein Weg des praktischen An-baus, wird Hauptmann Schumade am Freitag, 25. Februar, abends 8 Uhr, in der Aula der Technischen Hochschule Charlottenburg sprechen.

Urania. „Von San Remo nach Florenz“ am Sonntag, Donnerstags und Sonnabend; Montag: „Armen, Land und Leute“; Dienstag: „Spanien“; Freitag: „Wintersemester“; Mittwoch: „Sturmwellen und Brandungen auf den Seebänken und Orkney-Inseln“; Im Februar: Montag: Prof. Dr. Donath: „Elektromagnetismus“; Dienstag: Dr. Meißner: „Krankheitsverteilung und Behandlung“; Mittwoch: Dr. B. Verndt: „Heber-Entschärfungsmittel“; Donnerstag: Kunstschneider Heurlitz: „Die Buchhändler“; Freitag: Prof. Dr. Reiner: „Aluminium, Nickel, Chrom und Wolfram“; Sonnabend: Geheimrat Professor Dr. Spilke: „Dynamomaschinen und Motoren“.

Die Ausbeutung „Alt-China-Orchideen-Raketen“. Budapest-Strasse 8, wird bis Sonntag, den 27. Februar inkl. verlängert.

Römische und französische Strömungen in Belgien. In Brüssel wird demnach eine Akademie für französische Literatur und für französische Sprache errichtet. — Das Schicksal einer plämierten Un-terwelt ist dagegen noch immer ungewiß. Der Minister für Kunst und Wissenschaft möchte den französischen Kurien im plämierten Genie bloß plämierte Kurie angliedern.

Beamte! Deutschnationale Monarchie bringt euch die alten Ketten! Republik, Demokratie und Sozialismus machen euch frei! Deshalb wählt S. P. D.

Lloyd George über die Wirtschaftskrise.

London, 17. Februar. (W.Z.) Das Unterhaus verwarf mit einer Mehrheit von 178 Stimmen den Vorschlag der Arbeiterpartei in der Arbeitslosenfrage.

Im Verlauf der Debatte hielt Lloyd George eine Rede, in der er ausführte, in Mitteleuropa herrsche eine Stokung im Handel. Die Völker, die früher von England kauften, kaufen jetzt anderswo, weil sie in englischem Gelde nicht bezahlen können. Die Völker Mitteleuropas brauchen vor allem Rohstoffe. Die ganze Frage sei die Beschaffung von Krediten. Die englische Regierung habe einen Fonds von 26 Millionen Pfund Sterling vorgelegt, um Kredite für den Handel mit Europa zu beschaffen. Die Regierung habe erklärt, sie wolle 80 Prozent des Risikos des Kostenpreises des Artikels übernehmen, so daß der private Händler nur 20 Prozent des Risikos übernimmt, und diese 20 Prozent sollten ihm vorgestreckt werden. Die Regierung habe versucht, die Banken daran zu interessieren. Diese seien aber nur unter der Bedingung bereit, das Geld vorzulegen, wenn die Regierung das ganze abnorme Risiko übernehme. Lloyd George richtete einen Appell an die Banken, im Interesse des britischen Handels ihren Anteil an den Kreditrisikos zu übernehmen. Sie seien die einzigen, die wirklich helfen könnten.

Lloyd George wandte sich hierauf gegen den unmäßigen Rationalismus einiger Länder, der in einer Form zum Ausdruck komme, die für den Handel zerstörend wirke, indem er sich aggressiv verhalte. Lloyd George sagte, man finde ein wenig davon in Polen und anderen Ländern. Diese Länder erklärten, große Gebiete müßten wirtschaftlich zu ihnen gehören, da sie vor 500 Jahren einen Teil ihres Landes ausgemacht hätten.

Dieser aggressive, unmäßige, gierige Rationalismus komme auch auf andere Weise zum Ausdruck. Man habe ihn hier in England, in Frankreich und in Amerika. Es sei eine Art von Empfindung, daß alle große Bauern um sich herum bauen müßten, und daß man nie dem Nachbar den Becher reichen dürfe.

Lloyd George sagte weiter: Liebe deinen Nächsten. Das ist nicht nur gutes, rechtes Christentum, sondern gutes Geschäft! Auf den Hinweis eines Arbeiters, daß die deutsche Mark auf weniger als 1/2 Penny stehe, erwiderte Lloyd George: „Dann sollen die Deutschen sich besteuern!“

Am Ende des Lateins. Unter dieser Überschrift erwiderten wir am 15. Februar auf einen Angriff der „Deutschen Tageszeitung“ gegen Minister Severing. Wir bezogen uns dabei auch auf eine Auskunft, die der Polizeipräsident von Frankfurt a. M., Genosse Ehrler über den Oberleutnant der Sipo Richard Schr. in Hanau gegeben hat. Wie wir dazu erfahren, entspricht diese Auskunft in wichtigen Punkten nicht den Tatsachen. Polizeipräsident Ehrler war auch, da ihm die Hanauer Sipo nicht unterstellt war, wohl nicht in der Lage, die Auskunft erschöpfend zu geben. Tatsächlich ist der genannte Oberleutnant Schr., wie uns urkundlich nachgewiesen wurde, seit der Revolution Mitglied der Sozialdemokratischen Partei. Vordem konnte er als Militärbeamter nicht Mitglied sein. Er hat auch während des Kampfes ausdrücklich geäußert, daß er sich mit einer sehr kampfrendlichen Rede, die sein vorgelegter Major hielt, nicht einverstanden erklären konnte. Seit daher rühren die Schikanen gegen ihn. Seine Entlassung ist inzwischen auf ausdrückliche Beschwerde an Minister Severing aufgehoben worden. Dabei ist nicht uninteressant, daß ein erstes Beschwerdeverfahren im Ministerium des Innern spurlos verschwunden ist! — Wir betonen, daß durch die falsche Auskunft des Polizeipräsidenten Ehrler der Oberleutnant Schr. auch für die „Vorwärts“-Leser in schiefes Licht gekommen ist und stellen den Sachverhalt hiermit ausdrücklich richtig.

Wirtschaft

Die Reform der Handelsstatistik.

Unsere Außenhandelsstatistik trank an Fehlern, die ihren Wert besonders in letzter Zeit nahezu illusorisch machten. Die Werte der Einfuhr und Ausfuhr werden nämlich für die Handelsstatistik nach verschiedenen Grundfähigkeiten festgestellt. Während für die Ausfuhr von dem Perfer der tatsächliche Wert der Waren angemeldet werden muß und so im allgemeinen einwandfreies Material zur Berechnung des Wertes der Gesamtausfuhr Deutschlands vorliegt, wird der Wert für die eingeführten Waren durch den beim Statistischen Reichsamt erzielten handelsstatistischen Betrag nur geschätzt, und zwar in den Monaten Februar und März eines Jahres für das ganze Vorjahr. Eine zuverlässige Unterlage für die Beurteilung unserer Handelsbilanz wurde auf diese Weise nicht geboten. Bei den heutigen Verhältnissen mit ihren ungeheuren Preisschwankungen ist es geradezu ein Unding, z. B. die Einfuhr des Jahres 1920 und der ersten Monate des Jahres 1921 nach den für das Jahr 1919 ermittelten Sätzen zu bemerken. Das hat in letzter Zeit bereits zu unerträglichen Zuständen geführt. Eine Sachverständigenkommission beim Reichswirtschaftsministerium ist nun bemüht, für die vergangene Zeit, also insbesondere für die einzelnen Monate des Jahres 1920 richtige Werte für den Ausfuhrhandel zu finden. Um aber auch für die Zukunft grundsätzlich Wandel zu schaffen, haben neben der Reichswirtschaftsminister und der Reichsfinanzminister angeordnet, daß vom 1. März d. J. ab für alle eingeführten Waren, die nach dem Gesetz betreffend Statistik des Warenverkehrs mit dem Ausland vom 7. Februar 1906 anzumelden sind, bei dieser Anmeldung auch der Wert anzugeben ist. Zur Wertangabe ist grundsätzlich der Empfänger verpflichtet.

Norddeutscher Lloyd. In der Aufsichtsratsitzung des Norddeutschen Lloyd wurden vom Vorstand die Gewinn- und Verlustrechnungen und Bilanzen für die Jahre 1914 bis 1918, 1919 und 1920 vorgelegt. Der auf den 5. März einberufenen Generalversammlung soll vorgeschlagen werden, den nach Vornahme der erforderlichen Abschreibungen verbleibenden kleinen Gewinnrest von rund 30 000 M. aus den Kriegsjahren auf neue Rechnung vorzutragen und für die Jahre 1919 und 1920 bei vorläufiger Bemessung der Werte und Auswandschulden eine vom 7. März 1921 ab zahlbare Dividende von je acht Prozent auszuschütten. Die Generalversammlung soll ferner über eine Erhöhung des Grundkapitals auf 250 Millionen Mark beschließen.

Ein englisch-russisches Naphtha-Abkommen. Die Sowjetpresse berichtet über einen Vertragsabschluss zwischen Moskau und dem Naphtha-Sandikat der Royal Dutch Company, dem englisch-holländischen Petroleumsandikat. Das Sandikat erhält die Ausbeute für 100 Millionen Pfund Naphtha in den Gegenden von Baku und Utsch. Die Annehmlichkeiten sollen das Recht der Ausländer genehigen. Als Gegenleistung soll die Royal Dutch Company beim Wiederaufbau der russischen Naphtha-Industrie mitwirken und Transportmittel liefern.

Groß-Berlin

Bestohlene Geldhamsterer.

„Ein Dienstmädchen, das ihrer Herrschaft 30 000 M. stiehlt“ — „Eine Frau, die ihr Vermögen in Höhe von 150 000 M. in der Handtasche bei sich trägt und beraubt wird“ — „Ein Gewerbetreibender, der 60 000 M. zu sich steckt, um ein Geschäft mit einem ganz unbekannten Mann abzuschließen und betäubt und ausgeplündert wird“ — wer hätte diese und ähnliche Nachrichten nicht schon in den Blättern gelesen!

Was aber nicht an die Deffentlichkeit dringt — weil die Betroffenen gute Gründe haben, zu schweigen — sind Diebstähle an barem Gelde, das von glücklichen Spekulanten, Schiebern und ähnlichen Stützen der kapitalistischen Gesellschaft zu Hause aufgespeichert ist. Natürlich ist es die Steuerbehörde, die diese Leute zum Geldhamsterern veranlaßt; sie veranlassen auf die zinstragende Anlage in Papieren oder auf einem Bankkonto, um der Steuerbehörde gegenüber den Leistungsschwächen spielen zu können. Da ihre Geschäfte, die so ziemlich alles umfassen, was gehandelt wird, solcher Art sind, die per Telefon oder im Kaffeehause abgewickelt werden, so fehlen Geschäftsbücher, Bilanzen usw. und die Behörde hat geringe Möglichkeiten, diese Früchte der Arbeit bei der Auspöckerung unseres Vaterlandes. Im Kontrast zu der oft beschriebenen Wohnung steht die opulente Lebensführung, die sich aber sowohl vor den Deuten wie vor den Steuerbehörden verbergen läßt.

Und solche scheinbare Philister wurden bestohlen? O ja, natürlich von Leuten, die in die Lage gekommen sind, Einblick in die Verhältnisse zu nehmen. Manchmal ist es der Anhang von Dienstboten, manchmal auch ein „Geschäftsfreund“, denn nicht wenige dieser Herren haben gewisse Erholungsstätten „mit dem Kerbel“ gestreift. — Der Coup ist gescheit, das gehamsterte Geld in die Tasche des verwegenen Eindringers gemwandert. — Vor den Trümmern seiner Habe steht der Geplünderte. Soll er nun Wärm schlagen, seine Vermögensverhältnisse offenbaren? Wenn er es vermeiden kann, nimmt er davon Abstand; er trägt den Verlust „mit Würde“. Höchstens, daß er einen Privatdetektiv mit Recherchen beauftragt. . . . Im übrigen ist sein Grundsatz „Leben und leben lassen“, und seiner Geschäftstätigkeit wird es leicht fallen, den Verlust wieder weizumachen. Jedenfalls ersieht man aus solchen Vorfällen, wieviel Geld verheimlicht wird. . . . zum Schaden der anständigen Leute und derer, denen man jeden Pfennig ihres Einkommens nachrechnen kann.

Der neue Straßenbahntarif.

Der mit der Vorbereitung der Straßenbahntarifserhöhung betraute Stadterordneten Ausschuss hat gestern seine Beratungen beendet und in der zweiten Sitzung im wesentlichen den Vorschlägen des Magistrats zugestimmt. Die Beschlüsse der ersten Sitzung über den Einzelsahrschein zu 1 M. und den Umsteigehahrschein zu 1,50 M. wurden aufrechterhalten und die Preise für die Zeitarten nach eingehender Aussprache gemäß den Sätzen des Magistrats (90 M. für eine Linie, 115 M. für zwei, 145 M. für drei und 225 M. für alle Linien) angenommen.

Den erhöhten Preisen der Arbeiterwochenkarten wurde nach der Vorlage zugestimmt. Diese sollen nur an Arbeiter bis zu 5 000 M. Einkommen ausgegeben werden, sind also heute fast ausschließlich Behringarten. Der Magistrat wurde ersucht, diese Einkommensgrenze nicht zu ändern. Auf Antrag von seiten der Deutschen Volkspartei wurde beschlossen, die Sammelkarte beizubehalten, und zwar sollen 7 Fahrten zu 7 M. ausgegeben werden. Die jetzigen Sammelkarten verlieren mit dem Tage des Inkrafttretens des neuen Tarifs ihre Gültigkeit. Die noch nicht gelösten Abchnitte sollen durch Nachlösung von 25-Pf.-Fahrtscheinen gültig gemacht werden. Ein kommunistischer Antrag, einen ermäßigten Fahrschein zu 50 M. an Arbeiter, Angestellte und Beamte auszugeben, wurde gegen 1 Stimme abgelehnt, dagegen eine Entschlebung angenommen, worin der Magistrat ersucht wird, die Frage zu prüfen, ob gegenwärtig die Einführung eines Staffeltarifs empfehlenswert erscheint. Der Preis für Schülerkarten wurde von 18 auf 20 M. erhöht und der Antrag, diese Karten auch den notleidenden Studenten zuzulassen, abgelehnt, da hierdurch ein jährlicher Ausfall von 1 Million entstehen würde.

Beibehalten umstritten waren die für die Vorortstraßenbahnen noch geltenden Ausnahmen vom allgemeinen Tarif. Insbesondere wurde auf die Köpenicker und Spandauer Linien hingewiesen, auf deren kurzen Strecken bei der vorgeschlagenen Zeitfahrtsahrschein eine völlige Verödung eintreten würde. Es wurde dann auch ein Antrag angenommen, bei diesen Linien daselbstes Steigerungsverhältnis festzusetzen wie in Berlin, so daß gegenüber der Magistratsvorlage noch eine Ermäßigung eintritt, deren Höhe die Verwaltung festlegen soll.

Vereitelter Raubüberfall.

Der Kriminalpolizei ist es gestern gelungen, durch geeignete Maßnahmen einen geplanten Raubüberfall zu vereiteln. Ihr war zur Kenntnis gelangt, daß auf die in der Meierottostraße wohnhafte Rentiere Witwe Willmann ein Raubüberfall geplant war.

Zum Schutze der allein stehenden Frau und zur Festnahme der Täter begaben sich ein Kriminalkommissar und mehrere Beamte in die Wohnung und versteckten sich hinter einer Tür. Gegen 10 1/2 Uhr verschaffte sich ein junger Mann gewaltsam Eingang in die Wohnung, der der Aufforderung, stehen zu bleiben, nicht Folge leistete, sondern den Ausgang zu gewinnen suchte. Da er auch auf Halterufe nicht stehen blieb, feuerten die Beamten auf ihn. Beide Schüsse trafen und der Verletzte brach sofort zusammen. Seine Verwundung war so schwer, daß er bald darauf verstarb. Den draußen stehenden Beamten gelang es auch, zwei Missetäter in dem kleinen Park festzunehmen. In den Taschen der Verhafteten wurden Dolche und schwarze Masken gefunden. Sie wurden festgestellt als ein Arbeiter Krause und ein Kaufmann Seier. Der Erschossene ist der jüngere Bruder des Seier. Durch die Vernehmung der Verhafteten stellte sich heraus, daß ein Raubüberfall auf die Rentiere geplant war. Aus ihrem Geständnis ging hervor, daß sie die Gelegenheit durch eine Wasserleitung erfahren hatten, die seit längerer Zeit bei der Rentiere ein und aus ging und deren poststes Vertrauen genoß.

Der Millionenschwindler „de Parmas“

über dessen Verhaftung in Hamburg unter Zusammenwirkung der Berliner und Pariser Kriminalpolizei wir gestern berichteten, ist nach Berlin übergeführt worden und hier heute früh eingetroffen. Trotz seiner eleganten Kleidung macht der kleine höhere Mann einen so unscheinbaren Eindruck, daß es kaum zu verstehen ist, daß ihm die großen Schwindeleien geglückt sind. Der Verhaftete, der

geständig ist, gibt an, daß er durch seine Beschäftigung bei der Red Star Line auf den Gedanken gekommen sei, die Auswanderungslustigen zu betrügen. Diese, wie mitgeteilt, Polen und Russen, hatte er nach dem Bahnhof Cherboung bestellt, und eine große Schar von Männern, die mit Kind und Regel, Sack und Pack sich dort eingefunden hatten, waren nicht wenig enttäuscht, als sie gewahr wurden, daß sie einem Schwindler ins Garn gegangen waren. Vielen von ihnen hatte er das letzte Geld abgenommen. Bölig hilf- und mittellos boten die Emigranten das Bild eines großen Elends. Die von „de Parmas“ alias Florian Digran durch Akkreditivschwindel erbeuteten Juwelen im Werte von 500 000 Frank wurden nach fast alle bei ihm vorgefunden und konnten für die geschädigte Firma sichergestellt werden.

Großfeuer in Charlottenburg.

Großfeuer kam in der letzten Nacht in Charlottenburg in der Potsdamer Str. 27 aus noch unbekannter Ursache zum Ausbruch. Dem Feuer sind u. a. vier wertvolle Pferde, mehrere Schweine, Kaninchen usw. zum Opfer gefallen. Ferner verbrannten acht Wagen, darunter mehrere Kutschwagen, landwirtschaftliche Maschinen, große Borräte an Stroh und Heu u. dgl. Ausgekommen soll das Feuer in einer Stallung sein. Die Flammen fanden schnell reiche Nahrung. Durch offene und unblatte Fenster teilten sich die Flammen und der Rauch den übrigen Stallungen mit. Den Kohlenhändler A. Komalsky soll der größte Schaden treffen. Als die Charlottenburger Feuerwehr, von drei Seiten alarmiert, unter Leitung des Brandinspektors v. Leopoldt an der Brandstelle erschien, brannten schon mehrere Stallungen und Schuppen in großer Ausdehnung. Bis zum Morgen dauerten die Löscharbeiten. Die Aufräumarbeiten nahmen dann noch mehrere Stunden in Anspruch. Personen sind nicht verletzt. Der größte Teil der Pferde und Kühe konnte von der Feuerwehr in Sicherheit gebracht werden, ebenso mehrere Schweine. Sechs Tiere sind leider erstickt durch von außen eingedrungenen Qualm. Alle Versuche, diese Tiere zu retten, waren vergeblich. Vermutlich ist das Feuer durch Unvorsichtigkeit eines Kutschers der Kohlenhandlung von Komalsky entstanden.

Hohe Strafe gegen einen Kohlenhändler. Der Kohlenhändler Gustav Heine, Augsburg Str. 39, hatte wiederholt seine Kunden mit minderem Gewicht beliefert. Als einer dieser Kunden ihn deshalb zur Rede stellte, wurde er gegen diesen auf offener Straße unter den unflätigsten Beleidigungen tätlich, wobei sich seine Ehefrau erheblich beteiligte. Das Schöffengericht Charlottenburg verurteilte den Heine wegen Betruges und öffentlicher Beleidigung zu 1 000 Mark Geldstrafe bzw. 100 Tagen Gefängnis, seine Ehefrau zu 300 Mark Geldstrafe resp. 30 Tagen Gefängnis. Im Urteil wurde ausdrücklich hervorgehoben, daß nach der Kohlenverordnung das Publikum zu verlangen habe, daß ihm die Kohlen genau abgemessen verabfolgt werden.

In Baumschulenweg sprach am Donnerstagabend Genosse Kranold vor einer vollbesetzten Wählerversammlung im Vogeum. In fesselnder Weise schilderte er die Schwierigkeiten der wenigen Sozialisten in den Verwaltungen, um sich gegen den Widerstand der Beamten aller Richtung durchzusetzen, und ließ die politischen Parteien kritisch Revue passieren. In der Diskussion trat ihm nur ein Redner entgegen, dem die Beseitigung des reaktionären Beamtenums nicht schnell genug gegangen ist, der aber trotzdem allein im sozialdemokratischen Stimmzettel den Weg zur Besserung sah. Der Referent ging unter dem Beifall der Versammlung eingehend auf die Einwürfe ein. Der Ausgang auch dieser Veranstaltung war ein guter Ausfall zur Wohl.

„Doff und Zeit“, unsere illustrierte Wochenschrift, liegt der heutigen Postausgabe bei.

Ein Mutterkursus beginnt am 24. Februar d. J. in der Reichsanstalt zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit im Kaiserin-Auguste-Victoria-Haus in Charlottenburg, Frankstr., Ecke Mollwitzstraße. In dem Kursus, an dem Mütter und Mädchen teilnehmen können, soll all das theoretisch und praktisch gelehrt werden, was eine Frau von der Pflege und Ernährung des Säuglings wissen muß. Der Kursus umfasst vier Stunden, jeweils am Donnerstag von 4 1/2 bis 6 Uhr. Es wird dabei großer Wert auf praktische Übungen am lebenden Kinde gelegt. Die Einschreibgebühr für den Gesamtkursus beträgt 15 M. Meldungen im Bureau der Anstalt.

Gewerkschaftsbewegung

Verbandstag der Musiker.

Am Donnerstag behandelte der Verbandstag die Frage der Ausbildung der Musiker. Der Referent, Kammermusiker Teuchert-Dresden, sprach über die Lehrlingskapellen von Stadtmusikern und führte aus, daß diese Ausbildungsmethode nicht unbedingt zu verwerfen sei, da sie Gutes leisten könne.

Der zweite Referent Jahn-Berlin, Orchestermitglied des Deutschen Opernhaus, sagte unter anderem, die Lehrlingskapellen bieten nur eine handwerksmäßige Ausbildung und die Musikschüler betrachten die Heranbildung von Virtuosen als ihr Ziel. Gefordert werde eine künstlerische Ausbildung der Musiker. Das Jahn könne nur erreicht werden, wenn die Schule vom Gewerbebetrieb völlig getrennt unter staatlicher Aufsicht die Ausbildung der Musiker betreibe. Der Redner vertrat ein Programm, das im September 1920 von einer Sachverständigenkommission aufgestellt worden ist. Dieses Programm fordert in der Hauptsache, daß das gesamte Musikschulwesen und Musikausbildungswesen schulgemäß zu behandeln und den Kultusministerien zu unterstellen ist. Zur Hebung des musikalischen Geschmacks und der Musikkunst sollen Volksmusikschulen errichtet werden.

Kestenberg, Vertreter des Kultusministeriums, der bemerkte, daß er hier nur seine persönliche Meinung sage, erklärte sich mit dem vom Referenten Jahn vertretenen Programm einverstanden. Was sich in der öffentlichen Kunstpflege gebessert habe, das sei unter einem sozialdemokratischen Minister erreicht worden. Das möge man bei den Wahlen bedenken. Das Ministerium habe den Auftrag zur Gründung einer Orchesterschule erteilt.

Die Forderungen des Referenten Jahn wurden auch von den Diskussionsrednern fast ohne Ausnahme gebilligt. Es wurde betont, daß das Lehrlingswesen zu verwerfen und das ganze Ausbildungswesen den Kultusministerien zu unterstellen sei und alles auszufallen sei, was die Zuständigkeit anderer Behörden begründen könnte.

Das vom Referenten Jahn vertretene Programm wurde einstimmig angenommen und beschlossen, daß der Verband zu den Kosten von Freistellen an der staatlichen Orchesterschule eine Beisteuer leistet und daß die hierzu nötigen Gelder durch Musikaufführungen der Mitglieder aufgebracht werden.

In der Nachmittagsitzung wurden Berufspragen behandelt. Hierzu sprachen der Referent Prielke (Verbandsvorstand) und die Gruppensekretäre Schwiegl (freistehende Musiker), Mothes (Ensemble) und Pachtin (Orchester). Eingehend wurden die Arbeitsverhältnisse erörtert und an Beispielen gezeigt, daß das Einkommen der Musiker im Verhältnis zu anderen Berufen sehr ungünstig ist. Es soll dahin gestrebt werden, daß für möglichst alle

